



Sicherheitspolitik Bremen

www.sicherheitspolitik-bremen.de

Hans Bösenberg
Oberst a.D.

Oberländer Hafen 11, 07. April 2017
28199 Bremen
Tel.: 0421-69899793
Fax: 032223774007
E-Mail: hans.boesenberg@t-online.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum „Gesprächskreis Sicherheitspolitik“ lade ich Sie herzlich ein:



Dr. Heinz-Gerd Hofschien

***„Der europäische Kolonialismus -
Auswirkungen auf die Weltordnungspolitik des 21. Jahrhunderts“***

**Mittwoch, 10. Mai 2017, 19:00 Uhr
Haus Schütting, Am Markt 13, 28195 Bremen**

Mit freundlichen Grüßen

möglichst frühzeitige Anmeldung erbeten

Zum Thema

Europäischer Kolonialismus – ein Thema nur noch für den Geschichtsunterricht? Schon ein flüchtiger Blick beweist anderes: Frankreichs Kolonialherrschaft in Afrika, das britisch-russische „Great Game“ am Hindukusch, die Sykes-Picot-Reißbrettgrenze im Vorderen Orient zählen zu bestimmenden Faktoren der aktuellen Krisen in Mali, Afghanistan und Syrien. Die Liste der Krisenschauplätze ließe sich mühelos weltweit verlängern. Auch die derzeitige Migrationskrise ist schwerlich ohne Berücksichtigung der europäisch-afrikanischen Kolonialgeschichte zu verstehen.

In wenigen Jahrzehnten erlangte nach 1945 die Mehrzahl der Kolonien die nationale Souveränität. Aus 51 Mitgliederstaaten der UN im Jahre 1945 wurden 144 im Jahre 1975. Für die europäische Nachkriegsgeneration war die Dekolonisation ein prägendes Merkmal der politischen Sozialisation. Der den Unabhängigkeitserklärungen junger Staaten inhärente revolutionäre Fortschrittsglaube verband sich in Zeiten des Kalten Krieges vielfach mit dem Glauben an die Überlegenheit sozialistischer oder kommunistischer Gesellschaftssysteme und bestimmte die Weltsicht einer Generation. In extremer Ausprägung ging den „alten“ westlichen Demokratien eine studentische Jugend mit „Ho, Ho, Ho Chi-Minh“-Rufen auf die Straße, erhob Che Guevara zum Idol und interpretierte die „Mao-Bibel“ als Lehrbuch für gesellschaftliche Prozesse in westlichen Demokratien.

Die „Dritte Welt“ etablierte sich unter Führern wie Nehru, Tito, Nasser und Nkrumah als zukunftssträchtiger Machtfaktor. Eine neue, postkoloniale Weltordnung entstand, vielfach unter äußerster Gewaltanwendung wie in Indochina/Vietnam, Algerien, Indien. Die voraus gegangene koloniale Ordnung in ihrer imperialistischen Ausprägung war Vergangenheit.

Ernüchterung ließ nicht lange auf sich warten. Nicht nur die sozialistisch eingefärbte Fortschrittsgläubigkeit in der „Ersten Welt“ versiegte. Die Bildung junger Staaten brachte vielfach keine funktionsfähige Ordnung hervor. Zahlreiche diktatorische und despotische Regimes entstanden in der Zeit des Kalten Krieges, teilweise nicht ohne tatkräftige Mithilfe der ehemaligen Kolonialmächte. Wiederkehrende Hungersnöte und Kriege in Afrika dokumentieren die entwicklungspolitischen Misserfolge. Die heutigen Versuche der Abschottung Europas gegen Migrationswellen oder der derzeit propagierte „Marschallplan für Afrika“ offenbaren sich als verzweifelte Versuche, Konflikte auf einem besonders durch die vorausgegangene koloniale Ordnung geprägten Kontinent einzudämmen, die - verstärkt durch Umweltkatastrophen - absehbar an Schärfe zunehmen werden. Der späte Ruf nach „good government“ bleibt zunächst eher Appell als realitätsnahes Konzept.

Der formale Abschluss der politischen Dekolonisation in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hinterließ quasi-koloniale Abhängigkeiten wirtschaftlicher und kultureller Art bis heute. Neue traten hinzu, vor allem durch die Wirkungen der Globalisierung. Teilweise haben dabei Einflussnahme und Kontrolle durch die VN und internationale Organisationen wie IWF, WTO und Weltbank oder aber durch global tätige Wirtschaftskonzerne jene durch Imperien oder Nationen abgelöst.

Nationalstaatliche Souveränität wurde durch die Dekolonisation zunächst als zentrales Gestaltungselement der internationalen Ordnung untermauert. Seit der Zeitenwende 1989/90 ist ein gegenläufiger Prozess wirksam: klassische nationale Staatlichkeit erodiert. Sie erlebte lediglich in der Auflösung des sowjetischen Imperiums eine kurze Renaissance.

Die weitgehende Erfolglosigkeit des militärisch untermauerten „nation building“, besser „state building“, wie im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak und praktiziert, hat die Wertigkeit staatlicher Souveränität eher relativiert. Der Aufbau wertorientierter Staatlichkeit liberal-demokratischer Prägung wurde nachrangig gegenüber dem Erhalt von regionaler ordnungspolitischer Stabilität. Andererseits erweist sich allerdings gerade die Achtung des Prinzips nationalstaatlicher Souveränität als stabilitätsförderlicher Faktor. In externen Interventionen der Internationalen Gemeinschaft werden Gewichtung und Durchsetzung universal gültiger Menschenrechte zum konkurrierenden Maßstab. Daneben wirkt die schwindende nationale Handlungsfähigkeit im globalisierten Umfeld auf das internationale Ordnungsgefüge ein, verlangt nach supranationalen Führungsgremien. Dem Konflikt um die Wertigkeit der unterschiedlichen Ordnungsprinzipien wird auch in Zukunft im politischen Diskurs große Bedeutung zukommen. Vielfältige Einflüsse der Kolonialgeschichte sind dabei erkennbar.

Das in seiner derzeitigen Fassung am Grundsatz nationalstaatlicher Souveränität orientierte Völkerrecht wird den Anforderungen eines global wirksamen Krisenmanagements nicht mehr gerecht. Die Durchsetzung minimaler universaler Menschenrechte scheint nur durch Konzepte wie „Responsibility to Protect“ möglich. Neokoloniale Abhängigkeiten werden dabei in Kauf genommen. Bosnien-Herzegowina und Kosovo verfügen beispielsweise heute nur über eine stark eingeschränkte staatliche Souveränität, „ownership“ bleibt Theorie.

Neben objektiv gegebenen Abhängigkeiten wird gelegentlich die Erinnerung an koloniale Größe im gefühlten Selbstverständnis ehemaliger imperialer Nationen zum politisch wirksamen Faktor. Der ‚Brexit‘ dürfte nicht unbeeinflusst sein von vergangenheitsorientierten britischen Großmachtphantasien, Erinnerung an das ‚Algérie française‘ beeinflusst den aktuellen Präsidentenwahlkampf in Frankreich, der latente japanisch-chinesische Konflikt wird durch die Kolonialgeschichte Japans angeheizt.

Die derzeit zu verzeichnende Rückkehr zu geostrategischer Realpolitik, die auch vor gewaltsamen Grenzverschiebungen nicht zurückschreckt, weckt Erinnerungen an die koloniale Vergangenheit. Es scheinen sich Imperien zu formieren, die in Einflusszonen denken, eindeutige Interessenpolitik betreiben, dabei wirtschaftliches Eigeninteresse in den Vordergrund stellen, zu „deals“ bereit sind.

Im 21. Jahrhundert ist die multipolare Welt, geprägt durch Globalisierung, Technisierung und neue Risiken, auf der Suche nach Ordnungssystemen. Multilaterales Handeln in supranationalen Organisationsformen wird zur Notwendigkeit und Chance. Die Europäische Union ist ein Modell, das sich trotz unübersehbarer Defizite als zukunftssträchtiges Vorbild für eine global handlungsfähige, freiheitliche Friedensordnung etablieren kann.

Traditionelle Weltordnungsentwürfe werden im 21. Jahrhundert konfliktträchtig mit solchen konkurrieren, die sich an neuen Herausforderungen orientieren. Der liberal-demokratische Westen unterliegt Begründungszwängen im Wettbewerb mit aufstrebenden autokratischen Mächten. Eine intensive Beschäftigung mit der Kolonialgeschichte, in der Zeit der Umbrüche nach 1989 häufig vernachlässigt, bietet nicht nur in der Historie verborgene Erkenntnisse, sondern ermöglicht auch weiterführende Interpretationen unter veränderter Perspektive.

Der Referent

Dr. Heinz-Gerd Hofschien, Jahrgang 1949, studierte Geschichte, Politikwissenschaften, Germanistik und Pädagogik in Bonn und Marburg. Er legte beide Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen ab.

Ab 1986 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bremen und bis 1994 Lecturer an der University of Wales in Swansea. Ab 1992 arbeitete er als Historiker am Focke-Museum (Bremer Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte), ab 2003 als Abteilungsleiter für Stadtgeschichte und Museumspädagogik. 2013 trat er in den Ruhestand. Seitdem ist er als Referent in zahlreichen Gremien in einem breiten Themenspektrum tätig, unter anderem als Lehrbeauftragter an der ‚Akademie für Weiterbildung‘ an der Universität Bremen. In den letzten Jahren bot er dort Vorlesungsreihen mit starker Resonanz an, beispielsweise zu den Themen ‚Die ‚Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts‘ – Der Erste Weltkrieg. Ursachen, Verlauf‘, ‚Die Jahre, die wir kennen? – Deutsche Geschichte von 1945 bis heute‘, ‚Deutschland und Europa um 1300‘ oder ‚Die älteste Demokratie in Deutschland? Immer fortschrittlich, weltoffen und liberal? Zu einigen verbreiteten Irrtümern über die Bremer Geschichte.‘

In seinen Vorlesungen beeindruckt Dr. Hofschien mit präzisen Detailinformationen, die er stets in übergeordnete historische Zusammenhänge einbettet und mit kritischen und eigenwilligen Kommentaren unterlegt. Sein Engagement verbirgt er häufig, aber nicht immer, hinter skeptischer Ironie.

Dr. Hofschien ist Herausgeber und Redakteur der Zeitschrift ‚Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte. Zeitschrift für die Regionalgeschichte Bremens im 19. Und 20. Jahrhundert‘. In Büchern, Zeitschriften und im Rundfunk veröffentlichte er zahlreiche Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung sowie der Bundesrepublik, häufig mit regionalem Bezug.